

Auftragsbekanntmachung EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1) Name, Adressen und Kontaktstelle(n)

Offizielle Bezeichnung:	Deutscher Bundestag, - Verwaltung - Referat ZT 6, Vergaben
Nationale Identifikationsnummer: (falls bekannt)
Postanschrift:	Platz der Republik 1
Ort:	Berlin
Postleitzahl:	11011
Land:	Deutschland
Kontaktstelle(n):
Zu Händen von:	Geschäftszimmer
Telefon:	+49 30-227-33234
E-Mail:	vergabereferat@bundestag.de
Fax:	+49 30-227-30374

Internet-Adresse(n): (falls zutreffend)

Hauptadresse des öffentlichen Auftraggebers: (URL)	www.bundestag.de
Adresse des Beschafferprofils: (URL)
Elektronischer Zugang zu Informationen: (URL)	www.bundestag.de
Elektronische Einreichung von Angeboten und Teilnahmeanträgen: (URL)	www.bundestag.de

Weitere Auskünfte erteilen

- die oben genannten Kontaktstellen
- Sonstige

Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken

- die oben genannten Kontaktstellen
- Sonstige

Angebote oder Teilnahmeanträge sind zu richten an

- die oben genannten Kontaktstellen
- Sonstige

I.2) Art des öffentlichen Auftraggebers

- Ministerium oder sonstige zentral- oder bundesstaatliche Behörde
- Agentur/Amt auf zentral-/bundesstaatlicher Ebene
- Regional- oder Lokalbehörde
- Agentur/Amt auf regionaler oder lokaler Ebene
- Einrichtung des öffentlichen Rechts
- Europäische Institution/Agentur oder internationale Organisation
- Sonstige

I.3) Haupttätigkeit(en)

- Allgemeine öffentliche Verwaltung
- Verteidigung
- Öffentliche Sicherheit und Ordnung
- Umwelt
- Wirtschaft und Finanzen
- Gesundheit
- Wohnungswesen und kommunale Einrichtungen
- Sozialwesen
- Freizeit, Kultur und Religion
- Bildung
- Sonstige

I.4) Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber

Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber Ja Nein

Abschnitt II: Auftragsgegenstand

II.1) Beschreibung

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber: Technische und personelle Betreuung sowie technische Ausstattung von Veranstaltungen

II.1.2) Art des Auftrags und Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung

Lieferauftrag Dienstleistungen

Dienstleistungskategorie: 27

Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung: Referat ZT 6, Vergaben Platz der Republik 1 11011 Berlin

Postleitzahl (für Suchfunktion auf Vergabeplattform)

NUTS-Code DE300

NUTS-Code

NUTS-Code

NUTS-Code

II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS)

Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag

Die Bekanntmachung betrifft den Abschluss einer Rahmenvereinbarung

Die Bekanntmachung betrifft den Aufbau eines dynamischen Beschaffungssystems (DBS)

II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung

Art der Rahmenvereinbarung: keine Rahmenvereinbarung
 Rahmenvereinbarung mit einem einzigen Wirtschaftsteilnehmer
 Rahmenvereinbarung mit mehreren Wirtschaftsteilnehmern

Anzahl der Wirtschaftsteilnehmer an der geplanten Rahmenvereinbarung:

oder (falls zutreffend) Höchstzahl:

Laufzeit der Rahmenvereinbarung

oder in Monaten: 12

Begründung, falls die Laufzeit der Rahmenvereinbarung vier Jahre übersteigt:
.....
.....
.....

II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens

Die vertraglichen Leistungen (im Bereich Konferenz-, Dolmetsch-, Medien, Bühnen-, Beschallungs- und Lichttechnik) werden als Rahmenvertrag in zwei Losen vergeben. Vertragsgegenstand ist:

Los 1: technische und personelle Betreuung und/oder technische Ausstattung der Veranstaltungen der AG in den Liegenschaften des Deutschen Bundestages in Berlin

Los 2: technische und personelle Betreuung und/oder technische Ausstattung der Veranstaltungen der AG in Berlin (außerhalb der Liegenschaften des Deutschen Bundestages) sowie im übrigen Bundesgebiet und in Brüssel

In Einzelfällen (gilt für Los 1 und Los 2) muss der Auftragnehmer für die von ihm zu betreuenden Veranstaltungen auch die technische Ausstattung zur Verfügung stellen. Die Anmietung von technischer Ausstattung kann mit oder ohne personelle Betreuung durch den Auftragnehmer beauftragt werden.

II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)

Hauptgegenstand 75130000-6

II.1.7) Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Auftrag fällt unter das [] Ja
Beschaffungsübereinkommen (GPA): [X] Nein

II.1.8) Lose (für Angaben zu den Losen in Anhang B, verwenden Sie ein Formular pro Los)

Aufteilung des Auftrags in Lose: [X] Ja
[] Nein

(falls ja) Angebote sind möglich für:

- [] nur ein Los
- [X] ein oder mehrere Lose
- [] alle Lose

Los 1:

circa 170 Veranstaltungen pro Vertragsjahr (innerhalb der Liegenschaften des Deutschen Bundestages in Berlin)

Los 2:

circa 25 Veranstaltungen pro Vertragsjahr (außerhalb der Liegenschaften des Deutschen Bundestages in Berlin sowie im übrigen Bundesgebiet und in Brüssel)

Für die Durchführungen der in Absatz 1 genannten Veranstaltungen sind die vorhandenen bzw. vom Deutschen Bundestag bereitgestellten technischen Einrichtungen zu nutzen.

Die technischen Einrichtungen der AG bestehen u. a. aus:

- Konferenzzanlagen,
- Beschallungssystemen,
- Dolmetschereinrichtungen und
- multimedialen Einrichtungen für Videokonferenzen und Präsentationen.

Die technischen Einrichtungen stammen von unterschiedlichen Herstellern und Lieferanten (z. B. Philips, Brähler, Siemens, Soundcraft, Beyerdynamic, Behringer, Epson, NEC, Crestron, AMX).

In Einzelfällen muss der Auftragnehmer für die genannten Veranstaltungen technisches Equipment zur Verfügung stellen.

Der Umfang der Anmietung von technischer Ausstattung und der Umfang der technischen und personellen Betreuung können aufgrund des parlamentarischen Betriebes variieren.

Die in den Vertragsunterlagen angegebenen Mengen sind Schätzwerte, welche auf den Erfahrungen der Vorjahre basieren. Die angegebenen Mengen sollen dem Bieter lediglich als Kalkulationsgrundlage dienen. Ein Anspruch auf Erreichen der angegebenen Mengen besteht nicht.

Die vertraglichen Leistungen sind überwiegend in den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages zu erbringen. Eine Leistungserbringung außerhalb der Sitzungswochen ist jedoch ebenfalls möglich.

Soll der geschätzte Auftragswert angegeben werden (ggf. auch bei einer Rahmenvereinbarung)?

- Ja
 Nein

II.2.2) Angaben zu Optionen (falls zutreffend)

Optionen

- Ja
 Nein

(falls ja) Beschreibung der Optionen:

Die Auftraggeberin hat das Recht, den Vertrag drei Mal um jeweils ein Jahr, längstens bis zum 31. August 2020, zu verlängern. Danach endet der Vertrag automatisch, ohne dass es einer Kündigung bedarf.

Verlängerungen werden spätestens drei Monate vor Beginn des gewünschten Leistungsbeginns durch die AG in Textform erklärt.

Voraussichtlicher Zeitplan für den Rückgriff auf diese Optionen:

in Monaten:

oder in Tagen:

(ab Auftragsvergabe).

II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung

Dieser Auftrag kann verlängert werden [] Ja
[X] Nein

II.3) Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung

Art der Vertragslaufzeit [] Laufzeit in Monaten
[] Dauer in Tagen
[X] Beginn/Abschluss

Beginn 01.09.2016

Abschluss 31.08.2017

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1) Bedingungen für den Auftrag

III.1.1) Geforderte Kauttionen und Sicherheiten: (falls zutreffend)

Keine

III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften:

Leistungsbeschreibung, Preisangaben (Preisblätter A bis C und Preisübersicht), Zusätzliche Vertragsbedingungen der Verwaltung des Deutschen Bundestages, Teil B der Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen (VOL/B).

III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird: (falls zutreffend)

Bietergemeinschaften haben mit ihrem Angebot eine von allen Mitgliedern unterzeichnete Erklärung abzugeben,
 - in der die Bildung einer Bietergemeinschaft im Auftragsfall erklärt ist;
 - in der alle Mitglieder aufgeführt sind und der für die Durchführung des Vertrags bevollmächtigte Vertreter bezeichnet ist;
 - dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt;
 - dass der bevollmächtigte Vertreter berechtigt ist, Zahlungen mit befreiender Wirkung entgegenzunehmen und
 - dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.

III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen (falls zutreffend)

Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen

Ja
 Nein

III.2) Teilnahmebedingungen

III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

- Eigenerklärung über die Eintragung im Handelsregister/in der Handwerksrolle oder Auszug aus dem Berufsregister, sofern eine Eintragungspflicht besteht.

- Auszug aus dem Gewerbezentralregister beim Bundesamt für Justiz:

Die Auftraggeberin wird ab einer Auftragssumme von mehr als 30.000 € für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, zur Bestätigung der Erklärung einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister beim Bundesamt für Justiz anfordern.

- Sofern die Bildung einer Bietergemeinschaft beabsichtigt ist, ist die Erklärung nach Punkt 10 der Bewerbungsbedingungen vorzulegen (Punkt 3.8 des Angebotsvordrucks). Alle Mitglieder der Bietergemeinschaft haben dem Angebot zudem die hier genannten Nachweise beizufügen. Dabei können die Mindestanforderungen gemeinsam erfüllt werden.

III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

- Die Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach Punkt 2 des Angebotsvordrucks wird durch Unterschrift des Angebots mit abgegeben. Beim Einsatz von Unterauftragnehmern erklärt der Bieter dies mit seiner Unterschrift auch für den/die Unterauftragnehmer.

- Bei Insolvenz einen von allen Gläubigern angenommenen Insolvenzplan und die gerichtliche Bestätigung des Insolvenzplanes als eigene Anlage mit der Bezeichnung "INS".

- Eigenerklärung über den Umsatz der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre im auftragsrelevanten Bereich (technische und personelle Betreuung sowie technische Ausstattung von Veranstaltungen). Der Jahresumsatz muss jeweils mindestens 420.000 Euro betragen.

Bei Bietergemeinschaften und Unterauftragnehmern sind die jeweiligen Jahresumsätze zu addieren (es genügt, wenn die erforderliche Gesamtsumme dadurch erreicht wird). Die Unterschreitung dieser Mindestanforderung führt zur Nichtberücksichtigung des Angebotes.

- Betriebshaftpflichtversicherungsnachweis (Deckungssumme mindestens 1.000.000 Euro für Personen- und Sachschäden). Im Falle einer Bietergemeinschaft ist der Betriebshaftpflichtversicherungsnachweis jedes Mitgliedes der Bietergemeinschaft vorzulegen.

- Sofern der Einsatz eines Unterauftragnehmers beabsichtigt ist, sind die in Punkt 4 des Angebotsvordrucks aufgeführten Angaben vorzunehmen. Zudem ist Punkt 9 der Bewerbungsbedingungen zu beachten. Im Falle der Benennung von Unterauftragnehmern sind Verpflichtungserklärungen der vorgesehenen Unterauftragnehmer beizufügen, in welchen diese sich verpflichten, im Falle des Zuschlags die benannten Teilleistungen zu erbringen.

- Sofern die Bildung einer Bietergemeinschaft beabsichtigt ist, ist die Erklärung nach Punkt 10 der Bewerbungsbedingungen vorzulegen. Alle Mitglieder der Bietergemeinschaft haben dem Angebot zudem die hier genannten Nachweise beizufügen. Dabei können die Mindestanforderungen gemeinsam erfüllt werden.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards: (falls zutreffend)

.....
.....
.....

III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

- Angabe von mindestens drei aussagekräftigen Referenzen über vergleichbare Leistungen (technische und personelle Betreuung sowie technische Ausstattung von Veranstaltungen) in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren. Für die Abgabe der Referenzen ist der beigelegte Referenzvordruck zu verwenden. Die Referenzen müssen mindestens von zwei verschiedenen Auftraggebern stammen.
Ein bevollmächtigter Mitarbeiter des Referenzauftraggebers muss auf dem jeweiligen Referenzvordruck per Schulnoten Beurteilungen zu verschiedenen Aspekten der Leistungserbringung abgeben. Der Durchschnitt aus diesen Noten darf den Wert von 2,5 nicht überschreiten (Bei einer schlechteren Durchschnittsnote werden die Anforderungen an die Eignung schon aus diesem Grund als nicht erbracht angesehen). Der Referenzvordruck ist durch den Referenzauftraggeber zu unterschreiben und ggf. mit Firmen-/Amtsstempel zu versehen. Für jede Referenz ist ein entsprechendes Dokument einzureichen. Leistungen, welche für Unternehmen erbracht wurden, die mit dem Bieter konzernmäßig oder sonst wirtschaftlich verbunden sind, können nicht als Referenzauftrag akzeptiert werden, da es sich um Aufträge für wirtschaftlich unabhängige Dritte handeln muss.
Bestand innerhalb des o. g. Referenzzeitraumes bereits ein Auftragsverhältnis zwischen der Auftraggeberin und dem Bieter, behält sich die Auftraggeberin vor, zusätzlich zu den eingereichten Referenzen gegebenenfalls eigene Erfahrungen aus Vertragsbeziehungen mit dem Bieter in die Eignungsprüfung einzubeziehen. Die Auftraggeberin behält sich zudem vor, die eingereichten Referenzen telefonisch zu überprüfen.
- Eigenerklärung über die Dauer der Tätigkeit im auftragsrelevanten Bereich (technische und personelle Betreuung sowie technische Ausstattung von Veranstaltungen); diese muss mindestens bei fünf Jahren liegen. Die Unterschreitung dieser Mindestanforderung führt zur Nichtberücksichtigung des Angebots.
- Benennung einer Projektleitung auf dem beigelegten Vordruck "Projektleitung". Dem Vordruck sind ein Ausbildungsnachweis (z. B. Kopie Ausbildungszeugnis oder Hochschulabschluss) sowie ein Nachweis zur Qualifizierung als Projektleiter (z. B. Schulungszertifikat) beizufügen. Die Unterschreitung bestimmter, im Vordruck näher bezeichneter Mindestanforderungen führt zur Nichtberücksichtigung des Angebots.
- Eigenerklärung über die zur Leistungserbringung vorgesehenen Mitarbeiter. Für mindestens fünf zur Leistungserbringung vorgesehene Mitarbeiter ist der beigelegte Vordruck "Mitarbeiter" vorzulegen. Dem Vordruck ist jeweils ein Ausbildungsnachweis (z. B. Kopie Ausbildungszeugnis oder Hochschulabschluss) beizufügen. Die Unterschreitung bestimmter, im Vordruck näher bezeichneter Mindestanforderungen führt zur Nichtberücksichtigung des Angebots.
- Nachweis über die Teilnahme des Bieters an der Ortsbesichti-

gung.

- Sofern der Einsatz eines Unterauftragnehmers beabsichtigt ist, sind die in Punkt 4 des Angebotsvordrucks aufgeführten Angaben vorzunehmen. Zudem ist Punkt 9 der Bewerbungsbedingungen zu beachten. Im Falle der Benennung von Unterauftragnehmern sind Verpflichtungserklärungen der vorgesehenen Unterauftragnehmer beizufügen, in welchen diese sich verpflichten, im Falle des Zuschlags die benannten Teilleistungen zu erbringen.

- Sofern die Bildung einer Bietergemeinschaft beabsichtigt ist, ist die Erklärung nach Punkt 10 der Bewerbungsbedingungen vorzulegen. Alle Mitglieder der Bietergemeinschaft haben dem Angebot zudem die hier genannten Nachweise beizufügen. Dabei können die Mindestanforderungen gemeinsam erfüllt werden.

Möglicherweise geforderte
Mindeststandards: (falls zutreffend)

.....
.....
.....
.....
.....

III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen (falls zutreffend)

- Der Auftrag ist geschützten Werkstätten vorbehalten
- Die Auftragsausführung ist auf Programme für geschützte Beschäftigungsverhältnisse beschränkt

III.3) Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge

III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten Ja Nein

III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal

Juristische Personen müssen die Namen Ja

und die beruflichen Qualifikationen der [] Nein
Personen angeben, die für die Erbringung
der Dienstleistung verantwortlich sind

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1) Verfahrensart

IV.1.1) Verfahrensart

Offenes Verfahren

IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden (nicht offenes Verfahren, Verhandlungsverfahren, wettbewerblicher Dialog)

-ENTFÄLLT-

IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialoges (Verhandlungsverfahren, wettbewerblicher Dialog)

-ENTFÄLLT-

IV.2) Zuschlagskriterien

IV.2.1) Zuschlagskriterien

[X] Niedrigster Preis

IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion

Eine elektronische Auktion wird durchgeführt [] Ja
[X] Nein

IV.3) Verwaltungsangaben

IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber: (falls zutreffend) ZT6-1133-2015-439-17-IT3

IV.3.2) Frühere Bekanntmachung(en) desselben Auftrags

Frühere Bekanntmachung(en) desselben Auftrags Ja
 Nein

IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt der Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung (bei einem wettbewerblichen Dialog)

Schlussstermin für die Anforderung von Unterlagen oder Einsichtnahme 27.04.2016

Kostenpflichtige Unterlagen: Ja
 Nein

IV.3.4) Schlussstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge

Ende der Angebotsfrist: 28.04.2016 12:00

IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber (falls bekannt, bei nicht offenen, Verhandlungsverfahren und beim wettbewerblichen Dialog)

-ENTFÄLLT-

IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können:

Alle Amtssprachen der EU
 Folgende Amtssprache(n) der EU: Deutsch

Sonstige:

IV.3.7) Bindefrist des Angebots

Art der Bindefrist Dauer in Monaten
 Dauer in Tagen
 Ende

bis: 29.07.2016

IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote

Datum und Uhrzeit:

Ort und Personenkreis: entfällt

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1) Angaben zur Wiederkehr des Auftrags (falls zutreffend)

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag Ja
 Nein

VI.2) Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Auftrag steht in Verbindung mit einem Ja
Vorhaben und/oder Programm, das aus Nein
Mitteln der Europäischen Union finanziert
wird

VI.3) Zusätzliche Angaben: (falls zutreffend)

Sonstiges

Bieterfragen werden grundsätzlich nur beantwortet, wenn sie bis zum 21.04.2016 gestellt werden. Die Beantwortung später eingehender Bieterfragen liegt im pflichtgemäßen Ermessen der Vergabestelle.

Eine Ortsbesichtigung ist zwingende Voraussetzung für die Angebotsabgabe. Nach Versendung der Angebotsunterlagen bekundet der Bieter sein Interesse an diesem Ortstermin. Ein Termin ist einvernehmlich zu finden. Der von der Auftraggeberin ausgestellte Nachweis über die Teilnahme des Bieters an der Ortsbesichtigung ist dem Angebot beizufügen. In der Angebotsprüfung werden nur Angebote zugelassen, denen der von der Auftraggeberin ausgestellte Nachweis beigelegt ist.

VI.4) Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung:	Bundeskartellamt, Vergabekammern des Bundes
Postanschrift:	Villemombler Str. 76
Postleitzahl:	53123
Ort:	Bonn
Land:
Telefon:	+49 228/94990
Fax:	+49 228/9499163
E-Mail:	info@bundeskartellamt.bund.de
Internet-Adresse: (URL)	http://www.bundeskartellamt.de

Zuständige Stelle für Schlichtungsverfahren (falls zutreffend)

Offizielle Bezeichnung:

Postanschrift:

Postleitzahl:

Ort:

Land:

Telefon:

Fax:

E-Mail:

Internet-Adresse: (URL)

VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen (bitte Abschnitt VI.4.2 oder ggf. Abschnitt VI.4.3 ausfüllen)

Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Gemäß § 107 Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) leitet die Vergabekammer ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein.

Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse am Auftrag hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 7 GWB durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht.

Der Antrag ist unzulässig, soweit

1. der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht unverzüglich gerügt hat,
2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

VI.4.3) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt

Offizielle Bezeichnung:

.....

Postanschrift:

Postleitzahl:

Ort:

Land:

Telefon:

Fax:

E-Mail:

Internet-Adresse: (URL)

VI.5) Tag der Absendung dieser Bekanntmachung

Datum: 17.03.2016

Anhang A - Sonstige Adressen und Kontaktstellen

I) - III) Alle Angaben siehe I.1

IV) Adresse des anderen öffentlichen Auftraggebers, in dessen Namen der öffentliche Auftraggeber beschafft

Entfällt, da nicht im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber beschafft wird (siehe I.4).

Anhang B - Angaben zu den Losen

Bezeichnung des Loses durch den öffentlichen Auftraggeber:

Los-Nr. 1

Bezeichnung: Technische und personelle Betreuung und/oder technische Ausstattung der Veranstaltungen der AG in den Liegenschaften des Deutschen Bundestages in Berlin

1) Kurze Beschreibung

2) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)

Hauptgegenstand 75130000-6

3) Menge oder Umfang: siehe II.2

4) Abweichung von der Vertragslaufzeit oder vom Beginn bzw. Ende des Auftrags (falls zutreffend)

Laufzeit in Monaten: (ab Auftragsvergabe)

oder in Tagen: (ab Auftragsvergabe)

oder

Beginn:

Abschluss:

5) Zusätzliche Angaben zu den Losen:

.....

.....

.....

Bezeichnung des Loses durch den öffentlichen Auftraggeber:

Los-Nr. 2

Bezeichnung: Technische und personelle Betreuung und/oder technische Ausstattung der Veranstaltungen der AG in Berlin (außerhalb der Liegenschaften des Deutschen Bundestages) sowie im übrigen Bundesgebiet und in Brüssel

1) Kurze Beschreibung
.....

2) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)

Hauptgegenstand 75130000-6

3) Menge oder Umfang: siehe II.2

4) Abweichung von der Vertragslaufzeit oder vom Beginn bzw. Ende des Auftrags (falls zutreffend)

Laufzeit in Monaten: (ab Auftragsvergabe)

oder in Tagen: (ab Auftragsvergabe)

oder

Beginn:

Abschluss:

5) Zusätzliche Angaben zu den Losen:
.....
.....
.....